

# TIBET 360°

INFORMATIONEN | MEINUNGEN | ANALYSEN



AUSGABE 3 | 2023



Wichtige Positionierung  
der Bundesregierung

2



4

Einzelfall: Tibets  
11. Panchen Lama

„Arbeitsprogramme“:  
UN-Experten warnen

3



# WICHTIGE POSITIONIERUNG

## Editorial



Kai Müller,  
ICT-Geschäftsführer

Foto: Yan Revazov

Am 19. April hat die Bundesregierung im Menschenrechtsausschuss Fragen über ihre Einschätzung der Menschenrechtslage in Tibet beantwortet und sich dabei so umfassend wie lange nicht mehr zur Politik der KP Chinas in dem Himalajaland geäußert. Im Rahmen ihrer gegen die tibetische Sprache, Kultur und Religion gerichteten Assimilationspolitik verletzen chinesische Behörden systematisch Menschenrechte. Zu den Methoden gehörten Umerziehungskampagnen, willkürliche Internierungen und ein umfassendes Programm der Zwangsansiedlung, erklärte ein Vertreter des Auswärtigen Amtes. Rund zwei Millionen Nomaden seien davon betroffen. Zum breitangelegten Angriff auf die tibetische Identität gehöre auch ein System von Zwangsinternaten für tibetische Kinder, so der parlamentarische Pressedienst „heute im Bundestag“.

Und weiter: Die Möglichkeiten zur Beschulung in Tibet seien durch die Schließung von Schulen systematisch reduziert worden. Tibetische Kinder seien gezwungen, unter der Woche in den Städten ein Internat zu besuchen, wo sie fast ausschließlich auf Mandarin unterrichtet würden. Ziel sei die Verdrängung der tibetischen Sprache und Kultur, so ein Regierungsvertreter. Während in von

Han-Chinesen bewohnten Regionen die Internatsquote bei etwa 20 Prozent liege, besuchten in Tibet etwa eine Million und damit 90 Prozent der tibetischen Kinder ein Internat. Vor diesem Hintergrund schließe man sich den Forderungen des UN-Sozialausschusses an, Zwangsinternate zu schließen und Zwangsansiedlung zu stoppen.

Diese Positionierung der Bundesregierung ist ausdrücklich zu begrüßen. Und sie wurde auch im Ausland zur Kenntnis genommen. So forderten Menschenrechtsorganisationen bei einer Anhörung im kanadischen Parlament von Ottawa, sich ähnlich klar zu positionieren. Nach einer parlamentarischen Anfrage schloss sich auch die schweizerische Regierung den Forderungen des UN-Sozialausschusses auf Schließung der Zwangsinternate an. Das ist ermutigend für alle, die sich für den Schutz der tibetischen Kultur einsetzen – eine Kultur, die Ziel einer rücksichtslosen Assimilationspolitik der KP Chinas ist.



### Mehr Informationen:

Pressedienst „heute im Bundestag“ am 19. April 2023:  
<https://bit.ly/3VJ1k6>

## UN-MENSCHENRECHTSRAT: WIE WEITER MIT CHINA?

Zentrales Thema der am 19. Juni beginnenden 53. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf dürfte der Umgang mit den systematischen Menschenrechtsverbrechen der KP Chinas sein. Kritik und Vorwürfe insbesondere auch von unabhängigen UN-Menschenrechtsexperten häufen sich: der bis dahin präzedenzlose Aufruf von 50 UN-Menschenrechtsexperten vom Juni 2020, zahlreiche „Communications“ von UN-Sonderberichterstattern an die chinesische Regierung über repressive Gesetze sowie über Inhaftierung und Verfolgung von Uiguren, Tibetern, Hongkongern und chinesischen Menschenrechtsverteidigern, die Concluding Observations des UN-Sozialausschusses vom März 2023 und erdrückende Belege über befürchtete Verbrechen gegen die Menschlichkeit an den Uiguren im Bericht der UN-Hochkommissarin im August 2022.

Aus Sicht der ICT ist es wenig überraschend, dass sich die chinesische Regierung mit allen Mitteln dagegen wehrt, dass der Menschenrechtsrat all diese Berichte und Sorgen seiner Experten aufgreift. Teil der Strategie Pekings ist es offensichtlich, den Menschenrechtsrat zu einem zahnlosen Beratungsgremium zu degradieren, damit Konsequenzen für Menschenrechtsverletzungen ausbleiben. Wer für Menschenrechte und die regelbasierte, auf internationalen Standards beruhende Rechtsordnung eintritt, muss sich dem entschlossen entgegenstellen.



### Mehr Informationen:

HRW-Statement vom 11. März 2023:  
<https://bit.ly/42BuxYx>

# SORGE UM ARBEITSPROGRAMME IN TIBET



## UN-EXPERTEN WARNEN VOR ZWANGSARBEIT UND INDOKTRINATION

In einer am 27. April veröffentlichten Pressemitteilung äußern sechs UN-Experten ihre Sorge über Berichte, die angeblichen „Arbeitstransfer- und Berufsbildungsprogramme“ der KP Chinas würden als Vorwand benutzt, „um die Religion, Sprache und Kultur Tibets zu untergraben, Tibeter zu überwachen und politisch zu indoktrinieren“. Weiterhin könnten solche Programme zu Zwangsarbeit führen, so die UN-Sonderberichterstatter weiter.

Die chinesische Regierung müsse klarstellen, dass Tibeter die Möglichkeit haben, ihre Teilnahme an den Programmen zu verweigern. Darüber hinaus müsse die chinesische Regierung erläutern, wie sie die Programme in Einklang bringt mit ihren Verpflichtungen nach internationalem Recht, um Zwangsarbeit zu verhindern. Schließlich sei die Achtung von Religion, Sprache und Kultur der Tibeter sicherzustellen, so die Experten.

Zuvor hatten die UN-Sonderberichterstatter die chinesischen Behörden am 6. Februar in einem Schreiben aufgefordert, die bestehenden Arbeitsprogramme für Tibeter zu überprüfen und zu ermöglichen, dass Betroffene nicht entgegen ihrem Willen teilnehmen müssen. Ebenso müssten die Arbeitsbedingungen für Tibeter kontrolliert und sichergestellt werden, dass Tibeter nicht aufgrund ihrer Religion, Sprache und Kultur diskriminiert werden.

Auch aus Sicht der International Campaign for Tibet besteht in der Tat Anlass zur Sorge, dass es sich um Programme handelt, die zu Zwangsarbeit führen. Offensichtlich ist auch, dass die KP Chinas dezidiert ideologische Ziele mit diesen Programmen verfolgt, um damit Tibeter zu indoktrinieren, einzuschüchtern und auf Linie zu bringen. Um so wichtiger erscheint es, dass die internationale Gemeinschaft, die Forderungen der UN-Experten unterstützt und ebenfalls ihre Sorge über diese Arbeitsprogramme mit Nachdruck deutlich macht.

In ihrer Presserklärung beziehen sich die UN-Experten auf Berichte, wonach seit 2015 Hunderttausende Tibeter durch ein angeblich „freiwilliges Programm“ dazu gezwungen worden seien, ihre traditionelle ländliche Lebensweise aufzugeben und stattdessen schlecht bezahlte

Stellen für gering qualifizierte Arbeitskräfte anzunehmen. Weiterhin würden die „Arbeitstransferprogramme“ durch ein Netzwerk von „Berufsbildungszentren“ erleichtert, die nicht der beruflichen Weiterentwicklung, sondern vor allem in Verbindung mit militärischem Drill das Ziel der kulturellen und politischen Indoktrination verfolgten.

Die UN-Experten äußerten die Sorge, dass die „Berufsbildungsprogramme“ darauf ausgelegt seien, eine „nicht pluralistische, monorassische und monoethnische Nation“ zu fördern, was gegen das Verbot der Rassendiskriminierung und internationale Menschenrechte verstoße. „Die chinesische Regierung ist verpflichtet, solche diskriminierenden Ideen und Praktiken abzubauen“, so die UN-Experten wörtlich.

Den vorliegenden Berichten entnehmen die UN-Experten zudem, dass Tibeter im Rahmen der Programme und unter dem Vorwand der Armutsbekämpfung offenbar gezielt von den chinesischen Behörden davon abgehalten werden, ihre Sprache zu sprechen und ihre religiöse Identität auszudrücken. Die Programme würden demnach nicht, wie behauptet, die Lebensbedingungen der Tibeter verbessern, sondern im Gegenteil zu ihrer Verarmung und zu Zwangsarbeit führen.

„Den Tibetern werden nachhaltige Lebensgrundlagen entzogen, in denen sie traditionell Wettbewerbsvorteile hatten, wie etwa die Woll- und Milchproduktion. Stattdessen werden sie in schlecht bezahlte und unqualifizierte Tätigkeiten in der Fertigungs- und Bauindustrie gedrängt“, erklärten die Experten.

„Die Tibeter werden direkt von den Ausbildungszentren an ihre neuen Arbeitsplätze versetzt, wobei unklar bleibt, ob das mit ihrer Zustimmung geschieht. Es gibt keine Aufsicht, die kontrolliert, ob es sich hinsichtlich der Arbeitsbedingungen um Zwangsarbeit handelt“, so die Sonderberichterstatter weiter.



### Mehr Informationen:

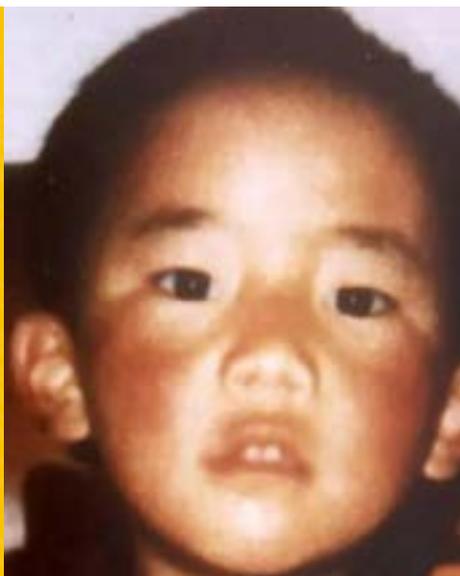
Pressemitteilung der UN-Sonderberichterstatter vom 27. April 2023:

<https://bit.ly/42yBav1>

Schreiben der UN-Sonderberichterstatter an die chinesische Regierung vom 6. Februar 2023:

<https://bit.ly/3Lpxy7B>

# TIBETS PANCHEN LAMA BLEIBT VERSCHWUNDEN



Am 17. Mai 1995, im Alter von sechs Jahren, wurde Gedhun Choekyi Nyima, Tibets 11. Panchen Lama, gemeinsam mit seinen Eltern von den chinesischen Behörden entführt. Nur wenige Tage zuvor hatte der Dalai Lama den heute 34-Jährigen als den wiedergeborenen Panchen Lama und damit einen der höchsten Würdenträger des tibetischen Buddhismus anerkannt. 28 Jahre nach seinem Verschwinden gibt es immer noch keine neuen Informationen über seinen genauen Aufenthaltsort oder sein Wohlbefinden. Daher appelliert die International Campaign for Tibet (ICT) an die internationale Gemeinschaft, Druck auf die chinesische Regierung auszuüben, damit sie Beweise für die Sicherheit und das Wohlergehen des Panchen Lama vorlegt – und dafür, dass er noch am Leben ist.

## MASSIVER VERSTOSS GEGEN MENSCHENRECHTE

Zuletzt hatten sich im Juni 2020 fünf Menschenrechtsexperten und Expertengremien der Vereinten Nationen vergeblich mit einem öffentlichen Schreiben an die chinesische Regierung gewandt und den freien Zugang unabhängiger Beobachter zum Panchen Lama und seiner Familie gefordert. Aus Sicht von ICT steht die Entführung des Panchen Lama für die fortwährende Verletzung der Rechte tibetischer Buddhisten, da die Kommunistische Partei paradoxerweise für sich in Anspruch nimmt, über die Anerkennung von Reinkarnationen des tibetischen Buddhismus bestimmen zu wollen.

Nach Auffassung von ICT ist die Entführung des Panchen Lama im Kindesalter zudem ein Beispiel dafür, dass die systematischen Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Behörden auch vor Kindern nicht Halt machen. Sie erinnert an die

systematische Verletzung von Kinderrechten in Tibet, wo Schulen von Tibetern geschlossen und mittlerweile bis zu einer Million tibetischer Kinder in Zwangsinternaten von ihren Familien und ihrer Kultur entfremdet werden. Damit verstößt die chinesische Regierung massiv gegen das Diskriminierungsverbot aus der Kinderrechtskonvention und den Sozialpakt der Vereinten Nationen.

Mit der Entführung des legitimen Panchen Lama verfolgt die chinesische Regierung offenbar langfristig das Ziel, sich in die Nachfolge des Dalai Lama einzumischen. Traditionell spielt der Panchen Lama als bedeutender tibetisch-buddhistischer Würdenträger bei der Bestimmung des nächsten Dalai Lama eine wichtige Rolle. Deshalb hatte Peking offensichtlich unmittelbar nach der Entführung von Gedhun Choekyi Nyima einen anderen tibetischen Jungen zum eigenen Panchen Lama erklärt, der seither öffentlich die ideologische Linie der Kommunistischen Partei vertritt, aber von den Tibetern nicht anerkannt wird.



### Mehr Informationen:

Schreiben von UN-Experten an die chinesische Regierung vom 2. Juni 2020:

<https://bit.ly/3LyWSYJ>

BBC-Bericht vom 28. April 2019:

<https://bit.ly/3pbHQjX>

## Impressum TIBET<sup>360</sup>

**Herausgeber:**  
International Campaign for Tibet  
Deutschland e.V.  
Schönhauser Allee 163  
10435 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 2787 9086  
Fax: +49 (0) 30 / 2787 9087  
info@savetibet.de  
www.savetibet.de

**V. i. S. d. P.:** Kai Müller

**Stand:** 10. Mai 2023

**Druck:** Arnold Group, Großbeeren



## +++newsTICKER+++



Foto: ICT

Tencho Gyatso ist neue Präsidentin der International Campaign for Tibet:

<https://bit.ly/42qpE4r>



Quelle: Tibet Rights Collective

Einflussreicher KP-Funktionär propagiert „ethnische Verschmelzung“:

<https://bit.ly/42kALvW>

Amnesty International greift Fälle von Tibetern auf:

<https://bit.ly/44wGukm>

„Tag der Erde“ - ICT fordert Freilassung tibetischer Umweltverteidiger:

<http://bit.ly/3Jhijxt>

## Newsletter

Die International Campaign for Tibet versendet regelmäßig per E-Mail aktuelle Informationen über Tibet und die Arbeit der ICT.

<https://savetibet.de/newsletteranmeldung/>



INTERNATIONAL  
CAMPAIGN  
FOR TIBET